



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
3.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen zur Türkei	9
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	10
4.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an

FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Nachdem das griechisch-zypriotische Parlament im Februar beschlossen hatte, einen Gedenktag an den öffentlichen Schulen für die 1950 abgehaltene Volksabstimmung über eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland (Enosis) einzuführen, wurden die Verhandlungen über eine Lösung der Zypernfrage unterbrochen. Die türkisch-zypriotische Seite bewertete die kontroverse Entscheidung als provokativ und inakzeptabel. Das für den 16. Februar vorgesehene Treffen der beiden Volksgruppenvertreter wurde in der Folge abgesagt. Damit wurden die intensiven Bemühungen zur Ausarbeitung weiterer Konvergenzen hinsichtlich interner Probleme in der Zypernfrage und vor einer neuen und für den März angesetzten internationalen Zypern-Konferenz, auf der Sicherheits- und Garantiefragen verhandelt werden sollen, auf unbestimmte Zeit unterbrochen.

Hintergrund der Krise, war der Vorschlag der rechtsextremen Partei ELAM vom 10. Februar, einen Gedenktag für die Volksabstimmung über die Enosis in allen öffentlichen Schulen einzuführen. Dieser wurde vom griechisch-zypriotischen Parlament mit 19 Stimmen angenommen. Die regierende DISY enthielt sich, während die stärkste Oppositionspartei AKEL den Vorschlag ablehnte. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci reagierte empört auf das Ergebnis der Abstimmung und sagte kurz nach dessen Bekanntgabe das für den 14. Februar geplante Treffen zwischen den beiden griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführern

Andreas Mavroyiannis und Ozdil Nami ab. Akinci kritisiert außerdem Anastasiades, als ehemaligen Parteivorsitzenden der DISY, dafür, dass sich seine Partei bei der Wahl enthalten hatte. Dies habe letztendlich dazu geführt, dass der Vorschlag angenommen wurde. Anastasiades hingegen verurteilte Akincis Vorgehen und bezeichnete die türkisch-zypriotische Reaktion hinsichtlich „einer historischen Tatsache“ als „übertrieben“.

Aus der Sicht der türkischen Zyprioten ist Enosis – das Streben nach einer Vereinigung Zyperns mit Griechenland – inakzeptabel und wird als existentielle Bedrohung für die türkisch-zypriotische Bevölkerungsgruppe gedeutet. Der Wunsch nach einer Vereinigung mit Griechenland entstand zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft über Zypern (1878-1960) und gipfelte in einem gewaltsamen anti-kolonialen Freiheitskampf, der zwischen 1955 bis 1960 auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen führte. Die Forderung nach einer Teilung der Insel (türkisch Taksim), und die Vereinigung des Nordteils der Insel mit der Türkei und die ursprüngliche Akzeptanz einer Vereinigung des Südtails der Insel mit Griechenland, wurde die offizielle türkisch-zypriotische Antwort auf den Wunsch nach Enosis auf Seiten der griechischen Zyprioten nach 1956. Sowohl die Forderung nach Enosis wie jene nach Taksim führte zum Scheitern der 1960 gegründeten Republik Zypern und letztendlich zu der Teilung der Insel. Seit Jahren wird weder die Vereinigung mit Griechenland noch die Vereinigung des Nordens mit der Türkei noch von einem signifikanten Prozentsatz der jeweiligen Volksgruppe unter-

stützt. Es gibt dennoch eine große Zahl türkischer Zyprioten, die immer noch davon überzeugt sind, dass viele griechische Zyprioten nach Enosis streben. Diese falsche Wahrnehmung wird durch türkische und türkisch-zypriotische Medien sowie von Hardlinern innerhalb der türkischen und türkisch-zypriotischen politische Elite für Propagandazwecke am Leben erhalten. Vor diesem Hintergrund lässt sich – neben der Empörung über das Störmanöver – die heftige Reaktion unter den türkischen Zyprioten erklären.

Während des Treffens am 16. Februar soll Akinci angeblich das Gespräch abrupt beendet und das Gebäude verlassen haben, nachdem Anastasiades aus dem Raum gegangen und die Tür zugeschlagen haben soll. Anastasiadis sei aber nach wenigen Minuten wieder in den Raum zurückgekehrt. Seitdem wird die Frage, welcher der beiden Politiker den Verhandlungstisch wirklich verlassen haben soll, von beiden Seiten unterschiedlich dargestellt, obwohl der UN-Sonderbeauftragte für Zypern, Espen Barth Eide, die Version von Anastasiadis unterstützt.

Akinic widersprach Berichten in der griechisch-zypriotischen Presse, wonach er die Gespräche abgebrochen haben soll. Seiner Darstellung zufolge hätten beide Seiten ihre jeweiligen Standpunkte vorgetragen. In seiner Schlussbemerkung habe dann Eide betont, dass Anastasiadis auf die Forderungen der türkischen Zyprioten eingehen müsse. Der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter habe daraufhin verärgert geantwortet, dass es nichts mehr zu sagen gebe, woraufhin er das Treffen verlassen hätte. Akinci sagte, dass es in der Vergangen-

heit Momente gegeben habe, in denen Anastasiades die Beherrschung verloren habe, trotz aller Meinungsverschiedenheiten habe man jedoch immer den gegenseitigen Respekt bewahrt. In der derzeitigen Situation sei es ihm allerdings nicht möglich gewesen, Anastasiades Verhalten zu ignorieren, so Akinci. Akinci sei sich auch nicht sicher, ob er dem Sondergesandten Eide nach dessen Verlautbarungen in der Presse noch vertrauen könne. Der UN-Sondergesandte habe bei der Beschreibung des Vorfalls alle wichtigen Fakten ausgelassen, was die Vertrauenswürdigkeit Eides in Frage stelle. Eide habe nicht erwähnt, dass Anastasiades nicht an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sei, so Akinci weiter.

Nach der kontroversen Abstimmung und dem erfolglosen Treffen der beiden Volksgruppenvertreter stellte Akinci zwei Bedingungen, unter denen er wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren wolle. Zunächst müsse Anastasiades öffentlich anerkennen, dass die Abstimmung im Parlament ein Fehler gewesen sei und zudem müsse die Entscheidung revidiert werden. Um die Situation zu retten legte DISY am 17. Februar einen Änderungsvorschlag vor, wonach das Parlament nicht über Gedenkfeiern an öffentlichen Schulen zu entscheiden habe, sondern das Erziehungsministerium. Dies würde es der Regierung ermöglichen, die Entscheidung zu widerrufen. Derweil gab Anastasiades am 18. Februar zu, dass die Abstimmung ein Fehler gewesen sei. Er könne jedoch das Parlament nicht zwingen, das Gesetz zurückzunehmen. Er wiederholte seine Einschätzung, wonach die türkisch-zypriotische Seite überreagiert habe.

Als Zeichen des sich weiter verschlechternden Klimas sagten die beiden Volksgruppenvertreter ein für den 23. Februar geplantes Treffen ab, nachdem Akinci seine Teilnahme verweigert hatte, da die an Anastasiades gestellten Bedingungen nicht erfüllt worden waren. Während Akinci betonte, dass er an den Verhandlungstisch zurückkehren werde, sobald seine Bedingungen erfüllt worden seien und die Abstimmung für nichtig erklärt werde, betonte Anastasiades, dass er dazu bereit sei, die Verhandlungen jederzeit wiederaufzunehmen. Am 28. Februar schickte Anastasiades einen Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres, in dem er die Gründe für die Unterbrechung der Gespräche darlegte und die türkisch-zypriotische Seite dafür verantwortlich machte. Akinci seinerseits schrieb ebenfalls einen Brief an den Generalsekretär, in dem er die Entscheidung des griechisch-zypriotischen Parlaments als einen schweren Rückschlag für die Vertrauensbildung beider Seiten bezeichnete. Er forderte die UN auf, darauf zu drängen, die Entscheidung des Parlaments aufzuheben. Enosis sei der Hauptgrund für das Zypernproblem gewesen und das Streben danach habe nichts als Schmerzen und Leiden für Zypern hervorgebracht. Es sei jedoch noch trauriger, dass Anastasiades' Partei durch ihr Verhalten zu der Annahme des Gesetzesvorschlages beigetragen habe.

Die Abstimmung über den Enosis-Gedenktag bot beiden Seiten die Möglichkeit, sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben. Anastasiadis, beschuldigte die türkische Seite, nur nach einem Anlass gesucht zu haben, um die Gespräche lahm zu legen. Erdogan spiele die nationa-

listische Karte, um die Verfassungsänderung am 16 April in der Türkei durchzubringen und habe daher kein Interesse, in der Sicherheits- oder Garantiefrage Konzessionen zu machen. Die Forderung türkischen Staatsbürgern dieselbe Freizügigkeit zu gewähren wie EU-Bürgern, bezeichnete Regierungssprecher Nicos Christodoulides als einen Schachzug von Seiten der Türkei, um die Gespräche zu untergraben.

Die türkische Seite wiederum beschuldigte Anastasiades, sich mehr auf die für Februar 2018 geplanten Präsidentschaftswahlen zu konzentrieren. Des Weiteren, so Akinci, sei die griechisch-zypriotische Seite nicht willens, die Details für die Teilnahme der türkischen Zyprioten bei den Entscheidungsgremien innerhalb eines föderalen Staates festzulegen. Zudem weigere sich Anastasiades, Kompromisse hinsichtlich einer rotierenden Präsidentschaft einzugehen.

Die bi-kommunale Lehrerplattform *United Cyprus* hielt eine Demonstration vor dem Parlament ab, um gegen die Enosis-Entscheidung des Parlaments zu protestieren. Im Namen der Plattform sagte Costis Achniotis, dass die Entscheidung keine nennenswerten Änderungen hinsichtlich der derzeitigen Praxis an den griechisch-zypriotischen Schulen hervorbringen werde. Es werde auch keine Änderung hinsichtlich des Unterrichts geben. Die Entscheidung sei jedoch politisch relevant, da während der Gespräche zur Lösung des Zypernproblems durch einen symbolischen Bezug auf den Ursprung des Konflikts ein negatives Signal an die türkischen Zyprioten gesandt worden sei.

Anfang Februar, vor dem Kollaps der Gespräche, nahmen die beiden Verhandlungsführer Nami und Mavroyiannis mit ihren Expertenteams an einer Veranstaltung in London teil, auf der die Finanzierungsmöglichkeiten einer Lösung diskutiert wurden. Die Europäische Kommission und andere internationale Organisationen wie der IWF und die Weltbank versuchen ebenfalls Wege zur Finanzierung einer Lösung zu finden und nahmen als Beobachter bei den Genfer Gesprächen in Januar teil.

2. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Ratingagentur Moody's bewertete die zypriotischen Banken weiterhin mit einem positiven Ausblick und begründete dies mit der zu erwartenden Verbesserung bei der Finanzierung der Banken und einem Rückgang der notleidenden Kredite auf 42% Ende 2016. Die stellvertretende Vizepräsidentin der Ratingagentur, Melina Skouridou, begründete die Einschätzung auch mit der Erwartung, dass sich durch die verbesserte Rückzahlungsquote bei den Krediten die Finanzbasis der Banken weiter verbessern werde und sie zum zweiten Mal in Folge moderate Gewinne erwirtschaften werden. Man erwarte auch dadurch eine Verbesserung, dass das Vertrauen der Anlieger zunehme und das 2013 während der Finanzkrise abgezogene Kapital wieder zurückkehre. Moody's zufolge werde sich die Kreditwürdigkeit der zypriotischen Banken, die noch im September eine Rate von 49%

notleidender Kredite verzeichneten, in den kommenden 12 bis 18 Monaten verbessern. Die Ratingagentur bezog sich auf einen auf ihrer Webseite veröffentlichten Bericht mit dem Titel "Banking System Outlook – Cyprus; Stronger Funding and Gradual Improvements in Asset Quality Drive Our Positive Outlook".

Nach Angaben des staatlichen Büros für Schuldenverwaltung nahm die öffentliche Verschuldung Zyperns um 357,1 Millionen Euro innerhalb eines Jahres zu und lag bei 19 Milliarden Euro im vergangenen Dezember. Der größte Gläubiger war der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), welcher gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) den Bail-out Zyperns vor vier Jahren mit 6,6 Milliarden Euro bzw. 1 Milliarde Euro finanziert hatten. Der zweitgrößte Gläubiger war die Russische Föderation mit einem noch ausstehenden Kredit über 2,5 Milliarden Euro. Die öffentliche Verschuldung beinhaltet auch European Medium Term Notes in Höhe von 4,2 Milliarden Euro, welche im Ausland auf einem Sekundärmarkt gehandelt werden. Des Weiteren gibt es inländische Wertpapiere in Höhe von 2,1 Milliarden Euro, die sich in staatliche Entwicklungspapiere im Umfang von 1,2 Milliarden Euro, Anleihen in Höhe von 566,3 Millionen Euro, welche von privaten Investoren gehalten werden sowie in Schatzanweisungen in Höhe von 299,9 Millionen Euro aufteilen. Die staatliche Verschuldung bei der zypriotischen Zentralbank lag im Dezember bei 1,2 Milliarden Euro während sie bei der Genossenschaftlichen Zentralbank bei 370,4 Millionen Euro lag. Die Staatsverschuldung beinhaltet ebenfalls Garantien in Höhe von 229 Millionen Euro für Kredite des

Europäischen Stabilitätsfonds an Griechenland, Irland und Portugal. Der Rest besteht vor allem aus Krediten der Europäischen Entwicklungsbank. Die Erhöhung der Staatsverschuldung für 2016, einem Jahr mit ausgeglichenem Haushalt, lässt sich auf die Ausgabe von Staatsanleihen im Umfang von 1 Milliarde Euro im vergangenen Juli zurückführen. Davon verwandte die Regierung in den vergangenen Monaten 558 Millionen Euro um Schuldverschreibungen zurückzukaufen, um so die zukünftigen Auszahlungen abzumildern.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 17. Februar legte der Strafgerichtshof in Nikosia den 1. März für die Urteilsverkündung in der Strafsache des ehemaligen Generalstaatsanwalt Rikkos Erotokritou sowie die beiden Anwälte Andreas Kyprizoglou und Panayiotis Neocleous und die Anwaltskanzlei Andreas Neocleous fest, welche der Bestechlichkeit, Betrug und der Unterwanderung der Justiz für schuldig befunden wurden. Die vier Angeklagten sollen eine Vereinbarung getroffen haben, wonach Erotokritou eine strafrechtliche Untersuchung gegen fünf Russen eingeleitet haben soll auf Geheiß und zum Vorteil der Anwaltskanzlei, welche lange Zeit vor zypriotischen und russischen Gerichten über Eigentum und Kontrolle des millionenschweren Fonds *Providencia* verhandelt hatte. Im Gegenzug wurde vereinbart, dass die Anwaltskanzlei nicht an jenem Tag vor Gericht an dem die Klage des ehemaligen Generalstaatsanwalts gegen ehemalige *Laiki Bank* verhandelt wurde. *Laiki* wurde in dem Prozess durch die Anwaltskanzlei Neocle-

ous vertreten. Erotokritou verlangte von der Bank, dass über 500.000 Euro seiner persönlichen Kredite mit seinen von dem „Haircut“ betroffenen Einlagen verrechnet werden.

Die beiden Parteimitglieder der DIKO, Yiannis Armeftis und Marinos Cleantous, gaben ihren Parteiaustritt bekannt nachdem die Partei den Vorschlag der rechtsextremen Partei ELAM unterstützt hatte, wonach der Volksabstimmung über Zyperns Zusammenschluss (Enosis) mit Griechenland jährlich in den Schulen gedacht werden solle. EDEK wurde ebenfalls kritisiert, da ihre Parlamentarier ebenfalls für den Vorschlag gestimmt hatten. Der EDEK-Europa-Abgeordnete Demetris Papadakis sagte nach der Abstimmung, dass viele aus der Angst heraus zugestimmt hätten, als unpatriotisch eingeschätzt zu werden. Der ehemalige Parlamentssprecher und ehemalige Vorsitzende der EDEK, Yiannakis Omirou, verurteilte ebenfalls die Annahme des Vorschlages durch das Parlament, da es dadurch einer „bigotten Organisation wie der ELAM, welche mit der neofaschistischen, neo-Nazi Partei Goldene Morgenröte verbunden“ ist, gelungen sei, ihre Gesetzesinitiative als „politisch legitim“ darzustellen. Der Vorsitzende der DISY, Averof Neophytou, gab zu, dass die Zustimmung durch das Parlament „zum falschen Zeitpunkt“ stattgefunden habe, betonte jedoch, dass die türkisch-zypriotische Reaktion „inakzeptabel“ sei, während der Vorsitzende der AKEL, Andros Kyprianou, den Vorschlag der Volksabstimmung über Enosis in den öffentlichen Schulen zu gedenken, als „politisch schizophoren“ bezeichnete. Nicolas Papadopoulos von der DIKO beschrieb Akincis Forderung,

die Abstimmung für nichtig zu erklären, als „nicht gerechtfertigt und skurril“. Dies sei ein Zeichen für seine allgemein unnachgiebige Haltung. Giorgos Lilikas von der Bürgerallianz kritisierte Akinci ebenfalls und betonte, dass dies für die griechisch-zypriotische Seite eine Möglichkeit sei, eine Kampagne zu starten, um die internationale Gemeinschaft über die wahren Gründe für den Stillstand bei den Verhandlungen aufzuklären. Der Abgeordnete der Grünen, George Perdakis, attackierte Akinci hinsichtlich dessen „inakzeptablen und provokativen Verhaltens“.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Eine Rahmenvereinbarung zwischen der Gewerkschaft PASIDY, welche die Angestellten des öffentlichen Dienstes vertritt, und der Regierung, legte einen Automatismus fest, wonach eine Deckelung bei der prozentualen Gehaltserhöhung an den entsprechenden Anstieg des nominalen BIP gekoppelt wird. Diese Vereinbarung ähnelt jener, welche für die Angestellten des halbstaatlichen Sektors im Januar für den Zeitraum 2015 bis 2018 abgeschlossen wurde. Des Weiteren wurde der seit 2013 bestehende Einstellungsstopp aufgehoben. Zudem wurden moderate Verbesserungen bei der Vergütung für Überstunden und Schichtarbeit vereinbart und der Weg für die Schaffung eines Pensionsfond für jene nach 2011 eingestellten Arbeitnehmer bereitet, die derzeit keine Altersabsicherung haben. Dies wurde vereinbart, nachdem es der Regierung nicht gelungen war, einen gesetzlich verankerten dauerhaften und automatischen

Mechanismus für den öffentlichen Dienst einzuführen. Die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (die kleinere Gewerkschaft ASDIK und jene für medizinisches Pflegepersonal – PASINO – sowie die Lehrergewerkschaft) waren gegen die zwischen der PASIDY und der Regierung getroffenen Vereinbarung, da sie ihrer Ansicht nach ungerecht und nicht ausgewogen sei. Außerdem seien die kleineren Gewerkschaften nicht zu den Verhandlungen eingeladen worden. Man befinde sich in Konsultation mit Anwälten, um eine angemessene Reaktion vorzubereiten.

Die Behörde für Humanressourcenentwicklung werde Programme verstärkt unterstützen, damit Empfänger des garantierten Mindestlohnes ein sechs Monate dauerndes Praktikum im öffentlichen und halbstaatlichen Sektor sowie bei Nichtregierungsorganisationen absolvieren können.

Die Gewerkschaft SEK forderte die Regierung auf, auf eine Lösung der beiden dringenden Probleme Arbeitslosigkeit und Armut hinzuwirken, welche Tausende von Mitbürgern in eine wirtschaftliche und soziale Misere gestürzt hätten. Sozialpolitische Maßnahmen und der Schutz der Arbeitnehmerrechte müssten mit Hilfe der Ausweitung und Stärkung der Tarifvereinbarungen unterstützt werden.

Der Vorschlag für eine freiwillige Vorruhestandsregelung der Hellenic Bank, welches eine nicht zu versteuernde Pauschalzahlung beinhaltete, wurde von der Steuerbehörde abgelehnt, da die vorherige Regelung erst kurze Zeit zurückliege und weil die Bank in der Zwischen-

zeit neue Einstellungen vorgenommen habe. Die Hellenic Bank argumentierte jedoch, dass die Neueinstellungen notwendig seien, da aufgrund der dramatischen Entwicklungen im Bankensektor neue Fähigkeiten und Qualifikationen benötigt würden. Man werde an einer neuen Vorruhestandsregelung arbeiten, die im Sommer vorgelegt werde. Andere Banken arbeiten ebenfalls an neuen Vorruhestandsregelungen. Alle bisher getroffenen Regelungen waren im Voraus von der Gewerkschaft der Bankangestellten, ETYK, abgesegnet worden. In den letzten fünf Jahren sind schätzungsweise 2.000 Bankangestellte in den vorzeitigen Ruhestand getreten, während es ungefähr 800 Neueinstellungen gab. Im gesamten Sektor fiel die Zahl der Angestellten von 9.000 auf 7.800. Die meisten der neu eingestellten Arbeitnehmer haben befristete Arbeitsverträge, was die ETYK ablehnt.

Die Zollbeamten am Hafen von Limassol hielten einen 24-stündigen Streik ab, der das bereits bestehende Chaos verstärkte, der in dem nun unter privater Leitung geführte Hafen herrscht. Die Streikenden beschwerten sich über die Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten, denen sie als Ergebnis der Ineffizienz und Gleichgültigkeit der Behörden ausgesetzt seien. Der neue Betreiber des Hafens in Limassol, Eurogate, führte neue Abläufe ein. Diese führten allerdings zu beträchtliche Verspätungen, welche von der Handelskammer kritisiert wurden. Sämtliche Parteien beschuldigten die Regierung, die Privatisierung des Hafens zu hastig durchgeführt zu haben. Das Rechnungsprüfungsamt beschrieb die Vereinbarung mit Eurogate als problematisch, während AKEL for-

derte, den Hafen wieder in einen Staatsbetrieb umzuwandeln.

Der Ministerrat beschloss, den Beförderungsstopp für 64 höhere, öffentliche Stellen und 6 Stellen auf Stundenbasis sowie für 94 weitere Stellen im öffentlichen oder halbstaatlichen Sektor zu beenden. Gleichzeitig wurde der Einstellungsstopp für neue Stellen auf unbestimmte Zeit ausgeweitet. Diese Beschlüsse müssen jedoch vom Parlament bestätigt werden.

3. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

In einem Interview mit der türkisch-zyprischen Tageszeitung Kibris Postasi, sagte der Untersekretär des staatlichen Planungsbüros, Odul Muhtaroglu, dass auch Dank der Einnahmen durch die ausländischen Studenten zum ersten Mal seit 2015 ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftet worden sei. 2013 lag der Anteil bei 535,6 Millionen US-Dollar und nahm auf 636,2 Millionen US-Dollar im Jahr 2015 zu. Für 2016 wird der Betrag auf 660 Millionen US-Dollar geschätzt. Durchschnittlich blieben die Studenten pro Jahr neun bis zehn Monate auf der Insel. Alle wirtschaftlichen Bereiche würden davon profitieren. Derzeit seien 80.000 ausländische Studierende an den 15 Hochschulen eingeschrieben.

Der Minister für öffentliche Arbeiten und Kommunikation, Kemal Durust, gab bekannt, dass

die Abteilung für Telekommunikation umstrukturiert werde, um eine öffentlich-private Zusammenarbeit zu ermöglichen, was jedoch nicht einer Privatisierung gleichkomme. Durust betonte ebenfalls, dass die Rechte und Stellen der derzeitigen Angestellten in der Übergangszeit abgesichert seien. Das Privatisierungsrecht sei in dieser Frage eindeutig, es werde keine Probleme für die Angestellten geben. Die Struktur werde im Großen und Ganzen beibehalten und das Kerngeschäft werde unter staatlicher Leitung bleiben. Das gesamte Glaskabelfasernetzwerk werde in staatlichem Besitz bleiben.

Beziehungen zur Türkei

Die türkisch-zypriotische Tageszeitung Kibris berichtete, dass die über 100.000 im Norden lebenden türkischen Staatsbürger und weitere 50.000 türkische Studenten an der Volksabstimmung über eine Verfassungsänderung in der Türkei am 16. April wählen können.

Die Türkei und die TRNZ¹ haben eine Kooperationsvereinbarung über die Sozialversicherung unterzeichnet, um die 1987 unterzeichnete Vereinbarung zu aktualisieren. Unter anderem

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

sollen laut des Ministers für Arbeit und Soziales, Hamza Ersan Saner, aufgrund der neuen Vereinbarung zeitweilig in der Türkei arbeitende türkisch-zypriotische Beamte und Bürger der TRNZ, die in der Türkei studieren, die Leistungen des türkischen Gesundheitswesens in Anspruch nehmen können.

Innenpolitische Entwicklungen

Laut einer Umfrage des Zentrums für Migration, Identität und Rechtsstudien, CMIRS, ist der prozentuale Anteil der türkischen Zyprioten, die eine Lösung wollen, im letzten Jahr von 80,25% im Januar 2016 um 15% auf 65,29% im Januar dieses Jahres gefallen. Außerdem gaben 39,16% der Befragten an, in einem möglichen Referendum über eine Lösung des Zypernproblems mit Nein stimmen zu wollen. Nur 25,51% sagten, sie wollten mit Ja stimmen, während im Januar 2016 der Anteil bei 49,6% lag und 20,2% mit Nein stimmen wollten. Im Januar 2017 seien nur 19,51% optimistisch hinsichtlich einer Lösung gewesen verglichen mit 41,33% im Vorjahresmonat. Die Mehrheit der Befragten betrachten Mustafa Akinci immer noch als 'den glaubwürdigsten und am meisten geschätzten Politiker' der TRNZ mit einer Zustimmungsrate von 3,29 von 5, während das Vertrauen in die Regierung von 2,37 im Oktober 2016 auf 2,26 im Januar 2017 fiel.

Premierminister Ozgurgun kritisierte Präsident Akinci und sagte, dass die türkisch-zypriotische Seite schwerwiegende Konzessionen gemacht und strategische Fehler begangen habe, als sie während der Genfer Gespräche eine Karte vorgelegt hätte. Ozgurgun argumentierte, dass die

türkisch-zypriotische Seite mit dieser Entscheidung keinen Verhandlungsspielraum mehr habe. Akinci antwortete daraufhin, dass die Bevölkerung die Äußerungen des Premierministers (und des Außenministers, der ebenfalls Akincis Vorgehen bei den Genfer Gesprächen kritisierte) beurteilen müsse. Er betonte, dass die derzeitige Minderheitenregierung nicht die Mehrheit der Bevölkerung vertrete. Laut Akinci könne es keine Lösung geben, solange die türkisch-zypriotische Seite 36% des Territoriums behalten wolle, wiewohl es auch nicht möglich sei, dass die türkisch-zypriotische Seite einen Anteil von 25% im Falle einer Lösung akzeptieren werde. Wenn es zu einer Lösung komme, dann werde der Anteil bei ca. 29,2% liegen. Er habe die Aufgabe, die Bevölkerung auf die Wahrheit vorzubereiten.

Während der Grundsteinlegung für das neue Krankenhaus in Morfou sagte Premierminister Ozgurgun, dass Investitionen dieser Art ein Beweis dafür seien, dass die türkischen Zyprioten in Zypern tief verwurzelt seien. Er betonte auch, dass dieses Gebiet für die Regierung, dessen Rückgabe die griechisch-zypriotische Regierung als ein unabdingbares Element einer Lösung betrachten, für die türkischen Zyprioten von hoher Wichtigkeit sei. Man habe sich an diesem Tag versammelt, um klarzustellen, dass die mit Guzelzurt (Morfou) verbundene Unsicherheit unbegründet sei.

Die Entscheidung des griechisch-zypriotischen Parlaments, dem 1950 abgehaltenen Referendum über eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland (Enosis) in der Schule zu gedenken, rief Kritik auf Seiten der Oppositionsparteien,

Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Organisationen hervor. Das türkisch-zypriotische Parlament veröffentlichte eine gemeinsame Erklärung, in welcher die Entscheidung verurteilt wurde. Die Erklärung wurde ebenfalls an den UN-Generalsekretär geschickt.

Die nicht im Parlament vertretenen Parteien des linken Spektrums und die Gewerkschaft der Grundschullehrer (KTOS) veröffentlichten eine Pressemitteilung, in der die beiden Volksgruppenvertreter aufgefordert werden, sich von den Einflüssen faschistischer Element zu befreien. Vertreter der Partei Vereintes Zypern (BKP), der Kommunalen Befreiungspartei-Neue Kräfte (TKP-YG), der Neuen Partei Zyperns (YKP), und KTOS verlasen die Pressemitteilung vor dem Büro des türkisch-zypriotischen Präsidenten.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Ab dem 1. Februar gilt das neue Mindesteinkommen, welches auf 2020 Türkische Lira (511 Euro) erhöht wurde. Laut dem Minister für Arbeit und Soziales, Hamza Ersan Saner, entspreche das Mindesteinkommen dem Gehalt eines unqualifizierten Arbeiters. Dies gelte nicht für alle Arbeitnehmer, egal in welchem Bereich. Laut Saner gebe die Erhöhung des Mindesteinkommens die vom staatlichen Planungsbüro veröffentlichten gestiegenen Lebenshaltungskosten von 10,19% wieder.

Die Regierung und die Gewerkschaften einigten sich auf eine Änderung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst. Die Sommerarbeitszeit soll demnach für vier Monate gelten, wobei die Wochenarbeitszeit bei 35 Stunden liegen soll.

Für die verbleibenden acht Monate soll die Wochenarbeitszeit bei 40 Stunden liegen. Die neuen Arbeitszeiten sollen ab dem 1. Mai gelten. Die Sommerarbeitszeit war 2010 von der Vorgängerregierung unter der UBP gestrichen worden.

Im vergangenen Februar verlor ein weiterer Arbeiter sein Leben in einem Unfall am Arbeitsplatz. Laut Ugur Ergun, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft für Arbeitnehmergeundheit und –sicherheit, ist die Wahrscheinlichkeit in einem arbeitsbedingten Unfall im Baugewerbe umzukommen im Norden der Insel 16 Mal so hoch wie im Vereinigten Königreich. Dies gab er in einem Interview mit Kibris/Cyprus Today bekannt. In anderen Gewerben sei dieses Risiko immer noch 4,5 Mal so hoch wie im EU-15-Durchschnitt. Ergun machte hierfür das Arbeitsministerium verantwortlich, da es sich nicht bemühe, Gesundheits- und Sicherheitsregulierungen umzusetzen. Im Jahr 2016 sind in der TRNZ in 83 Arbeitsunfällen 79 Menschen verletzt worden, acht Menschen sind umgekommen.

4. FES Zypern Veranstaltungen

März 2017

Freitag 24.03.2017 14:00 - 18:00

Samstag 25.03.2017 9:00 – 16:00

Institut für Interdisziplinäre Zypern-Studien
(Universität Münster)/FES
Konferenz

When the Cemetery becomes Political – Dealing with the Religious Heritage in Multi-Ethnic Regions: Cyprus, Lebanon, the Balkans ...

Institut für Interdisziplinäre Zypernstudien
(Universität Münster), Münster, Deutschland
Öffentliche Veranstaltung



Freitag 31.03.2017 10:30 - 12:30

Rue du Taciturne 38, 1000 Brüssel)/FES
Podiumsdiskussion

Cyprus at Crossroads. Reunification now or Everlasting Division?

Friedrich-Ebert-Stiftung, EU Büro
Brüssel, Belgien

Öffentliche Veranstaltung



April**Freitag 21.04.2017 14:00 – tba.****Samstag 22.04.2017 9:00 – tba.**Centre for Dialogue/CAD/FES
Workshop**'Media in Cyprus: Role and Responsibility,' 3rd
Cyprus Dialogue**tba.
Larnaka, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung

**Freitag 25.04.2017 tba.**FES
Workshop**Good Governance and the Impact of the
Economic and Financial Crises in Cyprus**tba.
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung

**Freitag 28.04.2017 tba.**World Vision MEERO/FES
Launch**White Book of Best Practices Launch**tba.
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Freitag 29.04.2017 tba.**Cyprus Academic Dialogue/FES
Workshop**CAD workshop on PEACE PROCESS in Cyprus**tba.
Nikosia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com